

Medienmitteilung

Geschäftsbericht der Staatsanwaltschaft für das Jahr 2015

Solothurn, 10. März 2016 – An seiner Sitzung vom 7. März 2016 hat der Regierungsrat den Geschäftsbericht der Staatsanwaltschaft für das Jahr 2015 zur Kenntnis genommen. Die Anzahl der Anzeigen liegt unter dem Rekordwert des Vorjahres. Allerdings betrifft dieser Rückgang lediglich das Massengeschäft. Die arbeitsaufwändigeren Verfahren wegen Verbrechen und Vergehen haben hingegen einen neuen Höchstwert erreicht. Aufgrund der hohen Geschäftslast haben die Pendenzen zugenommen. Eine weitere Zusatzbelastung ist mit den neuen Rahmenbedingungen im Bereich der Ausländerdelinquenz (Umsetzung der Ausschaffungsinitiative) bereits absehbar.

Bei der Staatsanwaltschaft gingen im letzten Jahr Geschäfte mit 31'214 Beschuldigten ein. Die zahlenmässige Geschäftslast ist somit im Vergleich zum Rekordwert des Vorjahres um rund 1'500 Fälle gesunken. Allerdings ist lediglich im Massengeschäft ein Rückgang zu verzeichnen. Die arbeitsaufwändigen Verfahren wegen Verbrechen und Vergehen haben hingegen zugenommen und mit 5'968 einen neuen Höchstwert erreicht (Vorjahr: 5'751). Auch die Anzahl der besonders aufwändigen Verfahren hat zugenommen. Im Rahmen einer grossen Aktion gegen Menschenhandel und Förderung der Prostitution wurden beispielsweise 21 Opfer befragt, 18 Hausdurchsuchungen durchgeführt und acht Verhaftungen vorgenommen.

Unter diesen Rahmenbedingungen konnte ein Anstieg der Pendenzen nicht verhindert werden. Ende Jahr waren 2'621 Anzeigen wegen Verbrechen und Vergehen hängig und damit 238 oder 10 Prozent mehr als im Vorjahr (2'383). Erledigen konnte die Staatsanwaltschaft in diesem Bereich ähnlich viele Fälle (5730) wie im Vorjahr (5'773). Auch die Anzahl der Überweisungen an die erstinstanzlichen Gerichte blieb konstant. Zugenommen hat die Anzahl der Anträge auf erstmalige Anordnung von Untersuchungshaft, während die Anzahl der Anträge auf Haftverlängerung etc. sich verminderte. Eine signifikante Zunahme von 167 auf 207 ist bei den sogenannten Leichenschauverfahren (Untersuchung aller Todesfälle mit einer eventuell nicht natürlichen Todesursache) zu verzeichnen.

Klar ist, dass im Jahr 2016 aus der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative für die Staatsanwaltschaft eine erhebliche Mehrbelastung resultieren wird. Verlässlich prognostiziert oder quantifiziert werden kann diese jedoch nicht. Angesichts der vorbestehenden angespannten Situation dürfte der zu erbringende Mehraufwand jedoch kaum ohne zusätzliche Ressourcen aufgefangen werden können.

Der vollständige Geschäftsbericht kann unter www.so.ch/verwaltung/bau-und-justizdepartement/staatsanwaltschaft/geschaeftsberichte eingesehen werden.

Weitere Auskünfte erteilt:

Hansjürg Brodbeck, Tel. 032 627 27 35, heute von 16.00 bis 18.00 Uhr.